Ressort: Politik

Bundesregierung will doch keine bundesweite Netzgesellschaft

Berlin, 31.10.2012, 17:16 Uhr

GDN - Die Bundesregierung verabschiedet sich von ihrem Ziel, die Stromübertragungsnetze in Deutschland unter einem Dach zu bündeln, um so den dringenden erforderlichen Leitungsausbau voran zu bringen. "Die Prüfungen der Bundesregierung haben ergeben, dass die Überführung der Übertragungsnetze in eine Netzgesellschaft aufgrund des Widerstands aus den Kreisen der Übertragungsnetzbetreiber derzeit nicht möglich ist", heißt in der Antwort von Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Kapferer auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion.

Die Antwort liegt dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe) vor. Damit legt die Bundesregierung ein Projekt zu den Akten, das gerade angesichts der Probleme des niederländischen Netzbetreibers Tennet bei der Anbindung der Offshore-Windparks viele Befürworter hat. In der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb wird die Fusion der Netzgesellschaften noch als Ziel definiert: "Wir setzen uns dafür ein, die deutschen Übertragungsnetzbetreiber in einer unabhängigen und kapitalmarktfähigen Netzgesellschaft zusammenzuführen", heißt es dort. Auch über eine Beteiligung des Bundes oder der staatlichen Förderbank KfW war in diesem Zusammenhang diskutiert worden. Noch in der Anhörung des Bundestages zu den geplanten Haftungsregeln für den Netzausbau auf hoher See in der vergangenen Woche hatten Sachverständige vorgeschlagen, der Bund möge Anteile von Übertragungsnetzbetreibern übernehmen und damit auch die Haftung mittragen. Die Grünen bewerten die Abkehr der Bundesregierung von ihrem ursprünglichen Ziel kritisch. Es sei offensichtlich, "dass hier ganz nach den Wünschen und der Pfeife der Übertragungsnetzbetreiber getanzt wird, statt den dringend notwendigen Netzausbau ernsthaft anzugehen", sagte Oliver Krischer, energiewirtschaftlicher Sprecher der Grünen im Bundestag, dem "Handelsblatt". Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) müsse sich für eine deutsche Netzgesellschaft einsetzen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-1477/bundesregierung-will-doch-keine-bundesweite-netzgesellschaft.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619